

PRESSEERKLÄRUNG

Ausschuss für Digitalisierung des DStGB

Kommunen erwarten bessere Kommunikation und klare Strategie bei Digitalvorhaben

Städte und Gemeinden begrüßen die Digitalisierungsvorhaben in Deutschland, mahnen aber gleichzeitig verbesserte Kommunikation und eine klare, nachvollziehbare Umsetzungsstrategie an. Dies gelte für zentrale Digitalvorhaben des Bundes, wie etwa die neue digitale Brieftasche „d-you“ oder den „Deutschland-Stack“, stellte der Ausschuss für Digitalisierung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes bei seiner Herbsttagung in Schwandorf klar. *„Wir begrüßen, dass die Digitalisierung in Deutschland weiter Fahrt aufnimmt und arbeiten vor Ort mit Hochdruck an der Umsetzung“,* betonte der Vorsitzende des Ausschusses, Oberbürgermeister Andreas Feller (Schwandorf), anlässlich der Tagung. *„Klar ist aber auch, dass es nicht ohne die kommunale Ebene funktioniert. Wir brauchen einen klaren Rahmen und eine enge Abstimmung mit Bund und Ländern.“*

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus ganz Deutschland befassten sich in Schwandorf intensiv mit verschiedenen digitalpolitischen Vorhaben des Bundes. Eine zentrale Rolle nahm dabei die EUDI-Wallet ein. Diese „digitale Brieftasche“ soll unter dem Namen „d-you“ ab Januar 2027 als Smartphone-App zur Verfügung stehen und es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, ihre Identität nachzuweisen und digitale Dokumente zu speichern. *„Die Wallet kann ein wichtiger Baustein für ein digitales Deutschland sein. Es ist gut, dass mit dieser App Personalausweis oder Führerschein digital zur Verfügung stehen und auch im Alltagsleben genutzt werden können“,* so **Feller**. Im Ausschuss wurde allerdings deutlich, dass es bei Städten und Gemeinden noch eine Reihe offener Fragen gibt, etwa mit Blick auf die Einbindung in die Verwaltungsprozesse. *„Die Zeit bis Januar ist knapp, daher erwarten wir vom Bund, dass er die Kommunen jetzt sehr schnell mit allen notwendigen Informationen versorgt“,* forderte **Feller**.

Schwandorf, 21.10.2026

**Deutscher Städte-
und Gemeindebund**

Marienstraße 6
12207 Berlin

E-Mail: birgit.pointinger@dstgb.de
Homepage: www.dstgb.de

ViSdP

Dr. André Berghegger
Hauptgeschäftsführer

Alexander Handschuh
Pressesprecher

Telefon 030.773 07.253

Auch über weitere Vorhaben, wie etwa den „Deutschland-Stack“ und die „Deutschland-App“, wurde intensiv diskutiert. Große Hoffnungen setzen die Kommunen in den Deutschland-Stack, der zentrale Basiskomponenten für die Verwaltungsdigitalisierung bereitstellen soll. *„Digitale Lösungen können große Effizienzvorteile bieten. Daher ist es richtig, dass wichtige Bausteine einheitlich und zentral zur Verfügung stehen werden“*, so **Feller**. *„Es muss nicht länger jedes Land oder sogar jede Kommune das Rad neu erfinden“*. Gleichzeitig wurde die Erwartung formuliert, dass die Städte und Gemeinden frühzeitig in die Projekte eingebunden werden. *„Bei der Kommunikation ist noch Luft nach oben. Es muss aber allen klar sein: Digitalisierung findet in den Kommunen statt. Ohne uns funktioniert es nicht“*, stellte der Ausschussvorsitzende klar.

Der Ausschuss für Digitalisierung befasste sich schließlich auch mit der Ansiedlung von neuen, leistungstärkeren Rechenzentren. Mit der zunehmenden Nutzung von KI und der Verlagerung von digitalen Lösungen in die Cloud steigt auch der Bedarf an Rechenleistung. *„Es ist gut, dass wir die Kapazitäten in Deutschland ausbauen wollen. Wenn wir als Land digitaler werden, müssen wir auch die entsprechenden Datenverarbeitungskapazitäten schaffen“*, betonte **Feller**. Allerdings stellt die Ansiedlung neuer Rechenzentren eine Reihe von Anforderungen an die Kommunen, etwa bei der Stromversorgung oder der Nutzung der entstehenden Abwärme. *„Wenn wir uns vor Ort für die Ansiedlung engagieren, wollen wir auch an der immensen Wertschöpfung durch die Rechenzentren beteiligt werden“*, stellte **Feller** klar. Der Ausschuss begrüßte daher ausdrücklich die geplanten Änderungen im Gewerbesteuergegesetz, durch die Standortkommunen steuerlich bessergestellt sein sollen. *„Das ist ein guter erster Schritt, reicht aber noch nicht aus. Wir reden hier über Milliardeninvestitionen und sehr hohe Gewinne. Für uns ist klar, dass die Kommunen an der Wertschöpfung noch stärker partizipieren müssen, vor allem zum Wohle ihrer Bürgerinnen und Bürger“*, so **Feller** abschließend.